



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz  
2  
Tel. (01) 531 15/2375  
Fax (01) 531 15/2616  
DVR: 0000019

GZ 600.374/0-V/A/5/00

An das  
Bundesministerium  
für Justiz

Museumstrasse 7  
1070 W i e n

SachbearbeiterIn  
Mag. Stephan Leitner

Klappe/Dw  
4207

Ihre GZ/vom  
703.037/2-II.2/2000  
11. September 2000

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Suchtmittelgesetz (SMG)  
geändert wird;  
Begutachtungsverfahren

Zum im Betreff genannten Gesetzesentwurf teilt das Bundeskanzleramt-  
Verfassungsdienst mit, dass dagegen in verfassungsrechtlicher Hinsicht keine  
Bedenken bestehen.

Es wird jedoch angeregt zu überdenken, ob auf den Satz „Härte wem Härte gebührt“ in  
den Erläuterungen zu § 28 Abs. 4 verzichtet werden kann; die Aussagekraft des  
entsprechenden Absatzes würde dadurch nach Ansicht des Bundeskanzleramtes-  
Verfassungsdienst nicht beeinträchtigt werden. Auch die Formulierung „im oberen  
Verbrechensbereich“ im Vorblatt sollte überdacht werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des  
Nationalrats übermittelt.

11. Oktober 2000  
Für den Bundeskanzler:

2

OKRESEK

F.d.R.d.A.:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz  
2  
Tel. (01) 531 15/2375  
Fax (01) 531 15/2616  
DVR: 0000019

GZ 600.374/0-V/A/5/00

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament

1017 Wien

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Suchtmittelgesetz (SMG)  
geändert wird;  
Begutachtungsverfahren

In der Anlage übermittelt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst im Sinne der  
EntschlieÙung des Nationalrates vom 5. Juli 1961 25 Ausfertigungen seiner  
Stellungnahme zum oben angeführten Gesetzesentwurf.

11. Oktober 2000  
Für den Bundeskanzler:  
OKRESEK

F.d.R.d.A.: